

Aufruf von über 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern am 23.05.2003:

Sozialstaat reformieren statt abbauen – Arbeitslosigkeit bekämpfen statt Arbeitslose bestrafen

Mit den in der "Agenda 2010" angekündigten Maßnahmen will die rot-grüne Bundesregierung die Bundesrepublik bis zum Ende des Jahrzehnts aus der Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise führen. Die Blockaden der letzten Jahre sollen überwunden, die Wirtschaft belebt und vor allem Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir bezweifeln aber, dass die Ansätze tatsächlich geeignet sind, diese Ziele zu erreichen. Im Wesentlichen konzentriert sich die Agenda 2010 auf drastische Leistungskürzungen in den sozialen Sicherungssystemen. Dazu zählen vor allem die Kürzung der Dauer des Arbeitslosengeldes, die faktische Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, Verschärfung von Zumutbarkeitsregelungen, Ausgliederung des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung, Aufweichungen des Kündigungsschutzes sowie die nochmalige Absenkung des Rentenniveaus. Der Opposition, den Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden, vielen wissenschaftlichen Beratungsgremien sowie weiten Teilen der Medien gehen diese Einschnitte noch nicht weit genug. Unter der Devise „Weniger Sozialstaat = mehr Beschäftigung“ hat ein Wettlauf um den Abbau der Kernelemente des Sozialstaats eingesetzt. So wollen CDU/CSU in den anstehenden Verhandlungen mit der Regierung Eingriffe in Tarifvertragsgesetz und Tarifautonomie sowie die Absenkung der Sozialhilfe durchsetzen.

Wir widersprechen dieser Politik, weil die angekündigten Maßnahmen die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht beseitigen werden. Eine Politik, die auf der einen Seite mit den falschen Rezepten operiert, auf der anderen Seite dem Druck konservativer Lobbygruppen nachgibt, ist weder mutig noch reformorientiert. Die geplanten Einschnitte verletzen die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und gefährden die Substanz des Sozialstaates, schaffen aber keine Arbeitsplätze. Wir widersprechen der These, dass der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar und die Ursache von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit sei.

Der eingeschlagene Weg führt in die falsche Richtung, weil der Politik eine falsche Krisendiagnose zu Grunde liegt.

- Die andauernde Massenarbeitslosigkeit ist die Folge fehlender Arbeitsplätze und nicht die Folge fehlender Arbeitsbereitschaft. Wer glaubt, die Arbeitsmarktkrise durch noch mehr Druck auf die Arbeitslosen zu lösen, bekämpft die Arbeitslosen, aber nicht die Arbeitslosigkeit. Die Kürzungen bei der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe führen zu gravierenden Einkommenseinbußen bei den Arbeitslosenhaushalten und verschärfen das ohnehin schon hohe Armutsrisiko der Betroffenen.
- Eine Politik, die Arbeitslose unter dem Druck der materiellen Verhältnisse dazu treibt, Arbeit „um jeden Preis“ anzunehmen, fördert die Ausbreitung einer Niedriglohnökonomie auch in Deutschland. Eine solche Entwicklung steht im Widerspruch zum dringend notwendigen Ausbau qualifizierter Dienstleistungen und führt zu problematischen Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt, nicht aber zu insgesamt mehr Beschäftigung. Besser bezahlte, gesicherte Arbeit wird durch schlechter bezahlte, prekäre Arbeit ersetzt. Die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigungsverhältnisse insgesamt werden gefährdet.
- Die Aufweichung des Kündigungsschutzes wird das ohnehin reduzierte Schutzniveau in Kleinbetrieben noch weiter herabsetzen, ohne dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies zeigen die Erfahrungen der Jahre 1997 und 1998. Ein beliebiges Unterlaufen tarifvertraglicher Regelungen durch betriebliche Vereinbarungen würde die zentrale Funktion des Flächentarifvertrags außer Kraft setzen, Mindeststandards für Arbeits- und Einkommensbedingungen zu garantieren.

- Die Ursachen für die gegenwärtige Finanzkrise liegen nicht im sozialstaatlichen System und dessen vermeintlich zu üppigen Leistungen. Die Finanzierungsdefizite sind in erster Linie Folge der Finanzierung der deutschen Einheit über die Sozialversicherung sowie der chronischen Arbeitsmarktkrise. Die steigende Arbeitslosigkeit führt zu erhöhten Ausgaben und sinkenden Beitrags- und Steuereinnahmen. Zur Finanzkrise hat aber auch die Steuerpolitik der letzten Jahre beigetragen, die die Entlastungen auf die Unternehmen, hohen Einkommen und die Vermögensbesitzer konzentriert hat. Insbesondere die Einnahmen aus Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer und veranlagter Einkommensteuer sind eingebrochen.
- Die Finanzierungsprobleme und die steigenden Beitragsbelastungen in den Systemen der sozialen Sicherung werden durch Leistungsausgrenzungen (mit Verweis auf die private Vorsorge) oder verstärkte Zuzahlungen (Praxisgebühr, Arzneimittel usw.) nicht beseitigt. Es kommt dadurch lediglich zu einer Verlagerung der Finanzierung zu Lasten der Versicherten und vor allem der Kranken. Hinzu kommt, dass sich die Beitragszahlungen bei Privatversicherungen nach dem individuellen Risiko richten – ohne Berücksichtigung der Einkommens- und Familienverhältnisse. Es käme zu Unterversorgungen gerade jener Gruppen der Gesellschaft, die wegen ihrer Arbeits-, Lebens- und Einkommensbedingungen besonders hohe Gesundheitsrisiken tragen. Auch die Finanzierung des Krankengeldes allein durch die Versicherten ändert nichts an der Ausgabenentwicklung im Gesundheitssystem, sie ist ausschließlich eine Umverteilung zu Gunsten der Unternehmen und höhlt das Prinzip der paritätischen Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus.

Mit dem eingeschlagenen Weg werden das Sozialstaatsprinzip und die Grundlagen einer auf den sozialen Ausgleich gerichteten Gesellschaftsordnung gefährdet. Wir widersprechen der Behauptung, dass diese Einschnitte „alternativlos“ sind. Ein hohes Beschäftigungsniveau und ein ausgebauter Sozialstaat müssen – wie Beispiele aus europäischen Nachbarländern zeigen - keine Gegensätze sein. Um das zu erreichen, sind jedoch Maßnahmen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Arbeitsmarkt und Sozialpolitik notwendig, die den Namen „Reform“ tatsächlich verdienen. Dazu zählen insbesondere folgende Punkte:

- Um die Arbeitslosigkeit abzubauen und den Sozialstaat zu sichern, ist eine Umkehr in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwingend erforderlich. Die öffentlichen Investitionen müssen ausgebaut statt gekürzt werden. Durch ein öffentliches Investitionsprogramm können die überfällige Modernisierung von Infrastruktur und Umwelt sowie der Ausbau des Bildungssystems in Angriff genommen werden. Dies schafft kurzfristig Arbeitsplätze und sichert mittel- und langfristig die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Statt durch Sozialleistungskürzungen die Kaufkraft gerade in den unteren und mittleren Einkommensbereichen zu begrenzen, bedarf es einer Stabilisierung und Erhöhung des privaten Konsums.
- Ein ausgebauter Sozialstaat kann kein „billiger“ Staat sein. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Die Belastungen durch Steuern und Abgaben müssen sich aber nach der finanziellen Leistungsfähigkeit richten. Erforderlich ist deshalb eine Steuerreform, die sich am Maßstab sozialer Gerechtigkeit orientiert und Unternehmen sowie hohe Einkommen und Vermögen wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt.
- Gerade in der Arbeitsmarktkrise bedarf es der Verstärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Es ist notwendig aber nicht ausreichend, die Arbeitsverwaltung und Arbeitsvermittlung zu effektivieren. Der 2. Arbeitsmarkt und die Bildungsförderung dürfen nicht weggeschlagen, sondern müssen weiterentwickelt werden. Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe muss ohne die angekündigten Leistungseinbußen geregelt werden.
- Statt der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und der angekündigten Heraufsetzung von Altersgrenzen und Rentenabschlägen bedarf es einer veränderten, altersgerechten Personalpolitik der Unternehmen. Wenn die Frühausgliederung gestoppt und Ältere länger im Arbeitsleben verbleiben sollen, dann sind dafür in den Betrieben und Verwaltungen zunächst die Voraussetzungen zu schaffen.

- Allein durch Wachstum lässt sich die Arbeitslosigkeit nicht abbauen. Der gegenwärtige Stillstand in der Arbeitszeitpolitik muss überwunden und durch unterschiedliche Formen individueller und allgemeiner Arbeitszeitverkürzungen abgelöst werden. Ziel muss es sein, das begrenzte Erwerbsarbeitsvolumen auf mehr Menschen zu verteilen. Dazu gehört aber auch, die Nicht-Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern egalitär aufzuteilen.
- Die Sicherung der Finanzierungsbasis des sozialen Sicherungssystems erfordert zum einen ein sozial gerechtes Ausschöpfen der Rationalisierungsreserven. Qualität und Effizienz der Systeme müssen erhöht und die Risikoprävention gestärkt werden. Zum andern ist ein solidarisches Sicherungssystem auf Dauer nur tragfähig, wenn auch die gesamte Bevölkerung zu seiner Finanzierung beiträgt. Angesichts der Finanzierungsprobleme insbesondere bei der Renten- und Krankenversicherung muss der Weg in Richtung einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung eingeschlagen werden, bei der das gesamte Einkommen Maßgröße für den Finanzierungsbeitrag ist.

Unterzeichner und Unterzeichnerinnen (23.05.2003) :

Prof. Dr. Elmar Altvater, Berlin	Prof. Dr. Albrecht Dehnhard, Berlin
Prof. Dr. Wilfried Altzinger, Wien	Dr. Judith Dellheim, Berlin
Prof. Dr. Gerhard Bäcker, Duisburg	Prof. Dr. Hans-Ulrich Deppe, Frankfurt
Prof. Dr. Eva Bamberg, Hamburg	Prof. Dr. Wilfried Deppe, Köln
Prof. Dr. Rainer Bartel, Linz	Prof. Dr. Christoph Deutschmann, Tübingen
Prof. Dr. Herbert Bassarak, Nürnberg	Prof. Reiner Diederich, Frankfurt
Dr. Peter Bartelheimer, Göttingen	Prof. Dr. Rolf Dobischat, Duisburg
Prof. Dr. Reinhart Beck, Esslingen	Prof. Dr. Irene Dölling, Potsdam
Dr. Irene Becker, Frankfurt	Dr. Eckhard Domnik, Stuttgart
PD Dr. Iris Bednarz-Braun, München	Prof. Dr. Jan-Peter Domschke, Mittweida
Prof. Dr. Joachim Bergmann, Frankfurt	Prof. Dr. Klaus Dörner, Aachen
Dr. Ute Behnig, Wien	Dr. Dietmar Düe, Kassel
PD Dr. Imbke Behnken, Siegen	Prof. Dr. Herbert Effinger, Dresden
Prof. Dr. Hermann Behrens, Neubrandenburg	Dr. Kai Eicker-Wolf, Marburg
Dr. Dr. Gerhard Beisenherz, München	Prof. Dr. Dieter Eißel, Gießen
Dr. Benjamin Benz, Bochum	Prof. Dr. Susanne Elsen, München
HD Dr. Hans-Jürgen Bieling, Marburg	Prof. Dr. Trevor Evans, Berlin
Prof. Dr. Rudolf Bieker, Mönchengladbach	Dr. Jürgen Faik, Darmstadt
Prof. Dr. Heinz Bierbaum, Saarbrücken	Prof. Dr. Peter Faulstich, Hamburg
Prof. Gudrun Bischoff-Kümmel, Hamburg	Prof. Dr. Bernd Fichtner, Siegen
Dr. Reinhard Bispinck, Düsseldorf	Prof. Dr. Angela Fiedler, Berlin
Dr. Peter Bleses, Oldenburg	Prof. Dr. Franger-Huhle, Coburg
Dr. Jürgen Boeckh, Bochum	Prof. Dr. Renate Freericks, Bremen
Prof. Dr. Fritz Böhle, Augsburg	Dr. habil. Thomas von Freyberg, Frankfurt
Prof. Dr. Karin Böllert, Münster	Prof. Dr. Gerd Friedrich, Berlin
Prof. Dr. Hermann Bömer, Dortmund	Prof. Dr. Johannes Fromme, Magdeburg
Dr. Andreas Boes, München	Prof. Dr. Jochen Fuchs, Magdeburg
Prof. Dr. Georg Bollenbeck, Siegen	Dipl.-Soz. Tatjana Fuchs, Stadtbergen/Augsbg.
Dr. habil. Stefan Bollinger, Berlin	PD Dr. Michael Galuske, Dortmund
Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup, Gelsenkirchen	Prof. Dr. Heiner Ganßmann, Berlin
Prof. Dr. Wolfgang Bonß, München	Prof. Dr. Klaus Gebauer, Berlin
Dipl.-Vw. Maren Bracker, Kassel	Prof. Dr. Heiko Geiling, Hannover
Prof. Dr. Holger Brandes Dresden	Dr. Brigitte Geißel, Halle-Wittenberg
Prof. Dr. Hans-Jürgen Brückner, Rotenburg	Prof. Dr. Karlheinz Geißler, München
Prof. Dr. Margrit Brückner, Frankfurt	Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker, Aachen
Dipl.-Pol. Sonja Buckel, Frankfurt	Prof. Dr. Heinz Gess, Bielefeld
Dr. Wiebke Buchholz-Will, Nordhorn	Prof. Dr. Sabine Gensior, Cottbus
Prof. Dr. Heinz Burghardt, Emden	Prof. Dr. Cornelia Giebeler, Bielefeld
Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Köln	Dipl.-Soz. Günter Grewer, Saarbrücken
Dr. Gazi Caglar, Hannover	Dipl.-Soz.-Wiss. Birgit Gross, Mainz
Dipl.-Pol. Mario Candeias, Berlin	Dr. Herwig Grote, Berlin
Prof. Dr. Heinz Cornel, Berlin	Prof. Dr. Franz Hamburger, Mainz
Prof. Dr. Wolfram Dargel, Hamburg	Prof. Dr. Dr. Bernd Hamm, Trier
Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Bremen	Prof. Dr. Walter Hanesch, Darmstadt

Prof. Dr. Richard Hauser, Delmenhorst/Frankfurt
 Prof. Dr. Michael Heine, Berlin
 Dr. Marianne Heinemann-Knoch, Berlin
 Prof. Dr. Arne Heise, Hamburg
 Prof. Dr. Jutta Held, Karlsruhe
 Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Frankfurt
 Prof. Dr. Dieter Henkel, Frankfurt
 Prof. Dr. Sabine Hering, Siegen
 Prof. Dr. Hansjörg Herr, Berlin
 Prof. Dr. Rudolf Hickel, Bremen
 Prof. Dr. Uwe Hirschfeld, Dresden
 Dr. Kajetan Hinner, Mainz
 MA Herrad Hoecker, Bremen
 Prof. Dr. dres. Heidi Höppner, Kiel
 Prof. Dr. Klaus Hofemann, Köln
 Prof. Hans Holm, Köln
 Dr. Elke Holst, Berlin
 Prof. Dr. Hans Günther Homfeldt, Trier
 Prof. Dr. Jörg Huffs Schmidt, Bremen
 Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Bochum
 Dr. Christine Huth-Hildebrandt, Frankfurt
 Dr. Dieter Janke, Leipzig
 Prof. Dr. Wolfgang Jantzen, Bremen
 Prof. Dr. Wolf-Dieter Just, Bochum
 Prof. Dr. Ulf Kadritzke, Berlin
 Prof. Dr. Winfred Kaminski, Köln
 Dr. Jürgen Kädtler, Göttingen
 Prof. Dr. Anastasios Karasavoglou, Kavala
 Prof. Dr. Jörg Kammler, Osnabrück
 Prof. Dr. Rosemarie Karges, Berlin
 Prof. Dr. Hans Kastendieck, Chemnitz
 Prof. Dr. Peter Kaufmann, Bernburg
 Prof. Dr. Theo Klauß, Heidelberg
 Dr. Max Klein, Berlin
 Prof. Dr. Ulla Knapp, Hamburg
 Prof. Dr. Raingard Knauer, Kiel
 Dr. Ellen Krause, Tübingen
 MA Fabian Kessl, Bielefeld
 Dipl.-Pol. Angelika Koch, Duisburg
 Dr. Gerd Koch, Berlin
 Dr. habil. Max Koch, Londonderry
 Dr. Klaus Kock, Dortmund
 Prof. Dr. Jürgen Kohl, Heidelberg
 Prof. Dr. Yolanda Koller-Tejero, Hamburg
 Prof. Dr. Sylvia Kontos, Wiesbaden
 Prof. Dr. Thomas Korenke, Vettweiß
 Prof. Dr. Klaus-Peter Kisker, Berlin
 Dr. Dietmar Köster, Wetter
 Dr. Ute Klammer, Düsseldorf
 Dr. Uli Kowol, Bielfeld
 Dipl.-Soz.-Wiss. Ralf Kraemer, Dortmund
 Prof. Dr. Michael Krätke, Amsterdam
 Prof. Dr. Peter Krahulec, Fulda
 Prof. Dr. Barbara Krause, Aachen
 Prof. Dr. Jürgen Krause, Nordhausen
 Prof. Dr. Cornelia Kricheldorf, Freiburg
 Prof. Dr. Martin Kronauer, Berlin
 Prof. Dr. Michael Krummacher, Bochum
 Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf, Marburg
 Prof. Dr. Martin Kutscha, Berlin
 PD Dr. Jan Künzler, Rostock
 Dr. Michael Lange, Hamburg
 PD Dr. Lothar Lappe, Berlin
 PD Dr. Karl Lauschke, Bochum
 Dr. Steffen Lehdorff, Köln
 Dr. Jürgen Leibiger, Radebeul
 Dr. Sigrid Leitner, Göttingen
 Dr. Uwe Lenhardt, Berlin
 Prof. Dr. Ilse Lenz, Bochum
 Dr. Anton Lerf, München
 PD Dr. Stephan Lessenich, Göttingen
 Prof. Dr. Manfred Liebel, Berlin
 Prof. Dr. Michael Lindenberg, Hamburg
 Prof. Gerhard Löhlein, Frankfurt
 Prof. Dr. Joachim Löper, Koblenz
 Prof. Dr. Joachim Lompscher, Berlin
 Dr. Arne Lorenzen, Berlin
 Prof. Dr. Peter Loviscach, Witten
 Prof. Dr. Wolfgang Lüderitz, Magdeburg
 PD Dr. Boy Lüthje, Frankfurt
 Dr. Ralph-Elmar Lungwitz, Chemnitz
 Prof. Dr. Ronald Lutz, Erfurt
 Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Berlin
 Prof. Dr. Friederike Maier, Berlin
 Prof. Dr. Morus Markard, Berlin
 Dr. Helmut Martens, Dortmund
 Dipl.-Vw. Michael Maschke, Berlin
 Prof. Dr. Alfons Matheis, Trier
 Prof. Dr. Harald Mattfeld, Hamburg
 Prof. Dr. Michael May, Wiesbaden
 Dr. Nicole Mayer-Ahuja, Göttingen
 Prof. Dr. Helmut Mair, Münster
 Prof. Dr. Margit Mayer, Berlin
 Prof. Dr. Ulrich Mergner, Köln
 Prof. Dr. Erhard Meueler, Mainz
 Prof. Dr. Birgit Meyer, Esslingen
 Prof. Dr. Meyer-Höger, Darmstadt
 Dr. Andreas Mielck, München
 Prof. Dr. Ingrid Miethe, Darmstadt
 Dr. Horst Müller, Nürnberg
 Prof. Dr. Hildegard Müller-Kohlenberg, Osnabrück
 Prof. Dr. Clarita Müller-Plantenberg, Kassel/Berlin
 PD Dr. Urs Müller-Plantenberg, Berlin
 Dr. Matthias Moehring-Hesse, Frankfurt
 Dipl.-Soz. Marc Mulia, Duisburg
 Prof. Dr. Gerhard Naegele, Dortmund
 Dr. Wolfgang Neef, Berlin
 Prof. Dr. John P. Neelsen, Tübingen
 Dipl.-Soz.-Wiss. Jennifer Neubauer, Duisburg
 Prof. Dr. Gela Neubeck-Fischer, München
 Prof. Dr. Franz Neumann, Gießen
 Dr. Ralf Neumann, Chemnitz
 Dr. Torsten Niechoy, Düsseldorf
 Prof. Dr. Horst Niestroy, Ludwigsburg
 Prof. Dr. Josef Nietzsche, Berlin
 Dr. Peter Noller, Göttingen
 Dr. Gisela Notz, Bonn
 Prof. Dieter Oelschlägel, Duisburg
 Prof. Dr. Michael Opielka, Jena
 Prof. Dr. Alfred Oppolzer, Hamburg
 Dr. Teresa Orozco, Frankfurt
 Dr. Wolfgang Ortlepp, Magdeburg
 Prof. Dr. Friedrich Ortman, Kassel

Prof. Dr. Erich Ott, Fulda
 Prof. Dr. Hans-Uwe Otto, Bielefeld
 Prof. Dr. Karl A. Otto, Bielefeld
 Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg
 Prof. Dr. Sabine Pankofer, München
 Prof. Peter Peschel, Essen
 Prof. Dr. Friedhelm Peters, Erfurt
 Dr. Gerd Paul, Göttingen
 Dr. Gerd Peter, Dortmund
 Dr. Hilmar Peter, Bielefeld
 Prof. Dr. Lothar Peter, Bremen
 Prof. Dr. Birgit Pfau-Effinger, Jena
 Dr. Helmut Pfister, Erlangen
 Prof. Dr. Wolfgang Piepenstock, Köln
 Prof. Dr. Jan Priewe, Berlin
 Dr. Hartmut Przybylski, Bochum
 Prof. Dr. Sibylle Raasch, Hamburg
 Prof. Dr. Günter Rausch, Freiburg
 Dipl.-Soz. Josef Reindl, Saarbrücken
 Dr. Andreas Reiners, Aachen
 Dipl.-Soz.-Ök. Jörg Reitzig, Berlin
 Dr. Gerhard Richter, München
 Prof. Dr. Marlo Riege, Mönchengladbach
 Prof. Dr. Klaus Riekenbrauck, Düsseldorf
 Prof. Rainer Rilling, Berlin
 Prof. Dr. Eckhard Rohrmann, Marburg
 Prof. Dr. Thomas Rose, Münster
 Prof. Dr. Roland Roth, Magdeburg
 Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel
 Prof. Christoph Rust, Bielefeld
 Dr. Thomas Sablowski, Berlin
 Prof. Dr. Piotr Salustowicz, Bielefeld
 Prof. Dr. Birgit Sauer, Wien
 Prof. Dr. Dieter Sauer, München
 Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer, Berlin
 Prof. Dr. Albert Scherr, Freiburg
 Prof. Dr. Christoph Scherren, Kassel
 Dipl.-Päd. Susanne Schlabs, Braunschweig
 Dr. Irmtraut Schlosser, Berlin
 Prof. Dr. Dorothea Schmidt, Berlin
 Prof. Dr. Gunzelin Schmid-Noerr,
 Mönchengladbach
 Dr. Karsten Schneider, Kassel
 Prof. Dr. Hans-Jörg Schneider, Saarbrücken
 Prof. Dr. Karl-Heinz Schneider, Hannover
 Prof. Dr. Michael Schneider, Limburg
 Prof. Dr. Norbert Schneider, Karlsruhe
 Prof. Dr. Stephan Schnurr, Rostock
 Dr. Margrit Schratzenstaller, Gießen
 Prof. Dr. Herbert Schui, Hamburg
 Dr. Michael Schuler, Tecklenburg
 Dr. Stephan Schulmeister, Wien
 Prof. Dr. Axel Schulte, Hannover
 Prof. Susanne Schunter-Kleemann, Bremen
 Prof. Dietmar Seek, Emden
 Prof. Dr. Uwe Sielert, Kiel
 Prof. Dr. Simmel-Joachim, Wiesbaden
 Prof. Dr. Titus Simon, Magdeburg-Stendal
 Prof. Dr. Heinz Sünker, Wuppertal
 Prof. Dr. Richard Sorg, Hamburg
 Prof. Dr. Rüdiger Spiegelberg, Freiburg
 Prof. Dr. Helmut Spitzley, Bremen
 Dr. Meinhard Stach, Kassel
 Dr. Martina Stackelbeck, Dortmund
 Prof. Dr. Silvia Staub-Bernasconi, Berlin
 Dr. Johannes Steffen, Bremen
 Prof. Dr. Klaus Stegmüller, Fulda
 Prof. Dr. Klaus Steinitz, Berlin
 Dr. Claudia Stellmach, Bonn
 Dipl.-Soz. Ursula Stöger, München
 Dr. Matthias Stoffregen, Frankfurt
 Prof. Dr. Brigitte Stolz-Willig, Frankfurt
 Prof. Dr. Henning Storz, Köln
 Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Frankfurt
 Prof. Dr. Andreas Strunck, Stuttgart
 Prof. Dr. Peter Struth, Magdeburg-Stendahl
 Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker, Kiel
 Dr. Christina Teipen, Berlin
 Prof. Dr. Joachim Tesch, Leipzig
 Dr. Hildegard Theobald, Berlin
 Prof. Dr. Werner Thole, Kassel
 Dr. Gudrun Trautwein-Kalms, Düsseldorf
 Prof. Dr. Andreas Treichler, Frankfurt
 Dr. Axel Troost, Bremen
 Prof. Dr. Joachim Trube, Siegen
 Dr. Achim Truger, Köln
 Reinhard Varchim, Bielefeld
 Prof. Dr. Michael Vester, Hannover
 Dr. Hermann Vetter, Schönbrunn
 Prof. Dr. Fritz Vilmar, Berlin
 Dr. Sabine Voigt, Berlin
 Prof. Dr. Edeltraut Vomberg, Mönchengladbach
 Dipl.-Soz. Ök. Dorothea Voss, Gelsenkirchen
 Dr. Alexandra Wagner, Berlin
 Dr. Leonie Wagner, Erfurt
 Prof. Dr. Roderich Wahsner, Bremen
 Dr. Heike Walk, Berlin
 Dr. Viktoria Waltz, Dortmund
 Dipl.-Soz. Petra Wassermann, Frankfurt
 Prof. Dr. Klaus Weber, München
 Prof. Dr. Brigitte Wehland-Rauschenbach,
 Berlin
 PD Dr. Ulrike Weiler, Stuttgart
 Dr. Felix Welti, Kiel
 Prof. Dr. Günter Wendt, Magdeburg-Stendahl
 Dr. Harald Werner, Berlin
 Prof. Dr. Joachim Wieler, Erfurt
 Prof. Dr. Harald Wilde, Stralsund
 Prof. Dr. Christa Winter-von Lersner, Fulda
 Prof. Dr. Werner Winzerling, Fulda
 PD Dr. Frieder Otto Wolf, Berlin
 Prof. Dr. Reinhard Wolff, Berlin
 Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt, Bochum
 Prof. Dr. Jürgen Wolf, Magdeburg-Stendahl
 Prof. Dr. Jörg Wollenberg, Bremen
 Prof. Dr. Brigitte Young, Münster
 Prof. Dr. Margherita Zander, Münster
 Prof. Dr. Norbert Zdrawomyslaw, Stralsund
 Prof. Dr. Jochen Zimmer, Duisburg
 Prof. Dr. André Frank Zimpel, Hamburg
 Prof. Dr. Karl-Georg Zinn, Aachen

Nachträge, u.a.:

Martin Bartmann, MA, Kaiserslautern

Dr. Peter Behnen, Breitnau
Dr. Reimund Anhut, Bielefeld
MA Marc Neumann, Bielefeld
MA Maria Klein-Schmeink, Münster
Dipl.-Päd. Reinhold Knopp, Düsseldorf
Dipl.-Päd. Ursel Sickendiek, Dresden
Dipl.-Psych. Christoph Kimmerle, Potsdam
Dipl.-Soz.-Wiss. Goetz Koehler, Bochum
Dipl.-Soz. Andreas Puhlmann, Frankfurt
Dr. Sigrid Stöckel, Hannover
Dipl.-Päd. Sabine Happel-Tominski, Pforzheim
Dr. Erhard Schreiber, Chemnitz
MA Alexendra Scheele, Berlin
Dr. Bernd Kern, Duisburg
Dipl.-Soz. Stefan Reuss, Berlin
Dipl.-Vw. Jan-Pieter Schulz, Hohenheim
MA Lydia Krüger, Trier
Dipl. Soz.-Wiss. Renate Büttner, Gelsenkirchen
Wiss.-Ang. Anton Schweiger, Flensburg
MA Christian Harde, Tübingen
Dipl.-Sozialwirt Knut Tullius
Dipl.Vw. Martin Mathes, Trier
Dipl.-Ök. Wilfried Kurtzke, Magdeburg
MA Dipl.-Soz. Kirsten Bruhns, München
Dipl.-Soz.-Wiss. Masha Gerding, Bochum
Dipl.oec.troph Mathias Schwarz, Kassel
Dipl.-Psych. Ines Langemeyer, Berlin
Dr. Barbara Loer, Bremen
MA Birgit Mütterich, Dortmund
Dr. Klaus Mucha, Berlin
MA Jürgen Schiener, Mainz
Dr. Klaus Labsch, Berlin
Dr. Christian Gaedt, Sickingen
Dr. Karsten Schuldt, Teltow
Dr. Stefan Unger, Bochum
MA Erich Raab, München
MA Silke Reuter, Bremen
MA Emily Richards, Berlin
Dr. Susanne Hildebrandt, Reims
Dr. Martin Spiess, Berlin
Dr. Irene Below, Bielefeld
Dipl.-Päd. Elke Mathes
Dip.-Pol. Annelie Rühling, Hamburg
MA Anja Weberling, Hamburg
Dr. Ursula Schröter, Berlin
Dr. Sabine Andresen, Heidelberg
Dr. Thomas Haipeter, Gelsenkirchen
MA Helmut Malmes, Aachen
Dipl.-Soz. Tanja Schmidt, Berlin
Dipl.-Pol. Anja Lieb, Marburg
Dipl.-Pol. Norbert Fröhler, Berlin
Dipl.-Pol. Ulla Pinsel, Berlin
Dr. Rainer Zuch, Marburg
Dr. Barbara Skripski, Berlin